IMT Nuremberg Archives

H – 3675

International Court of Justice

H3675 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 4 August 1948

I certify that Document Number 1520-PS was introduced into evidence as Exhibit Number GB-156 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3675-0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 1520-PS No. GB-156 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C.

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 4 August 1948

H3675 – 0004

1520-PS

Vermerk

über eine Unterredung mit dem Führer im Führer-Hauptquartier am 9.5.42.

Anwesend zunächst Reichsminister Dr. Lammers.

Zu Beginn übergab ich dem Führer die Meldung vom Ergebnis der Büchersammlung der NSDAP. für die deutsche Wehrmacht 1941/42 mit über 9 Millionen Bücher, aus denen 46.600 Büchereien gebildet worden sind.

Darauf behandelte ich einige gegen das Ostministerium erhobene Vorwürfe. Der Aufsatz im Informationsdienst des Propagandaministeriums über Aufbau und Ziele des Ostministeriums sei ohne jede Kenntnis meinerseits erschienen. Ich hätte mit dem Propagandaministerium grundsätzlich abgemacht, dass keinerlei Veröffentlichungen über die besetzten Ostgebiete ohne Einvernehmen mit mir erscheinen dürfen. Das sei notwendig gewesen, da auch Minister über "Kolonisationspolitik" im Osten gesprochen hätten. - Es sei ferner gesagt, ich hätte 650 Mann uk-gestellt und der Wehrmacht vorenthalten und 90 Offiziere in Taganrog als Vorkommando ebenfalls untätig sitzen lassen. Ich stelle dazu fest, dass bei der neuen verschärften Bestimmung das Ostministerium Ende Januar 650 Mann abgegeben habe, jedoch seien bis vor ein paar Wochen nur 240 Mann abberufen worden. Bei den 90 Mann in Taganrog handele es sich nicht um eine Massnahme von mir, sondern des Wirtschaftsstabes Ost bzw. des Wehrmachtsrüstungsstabes. Ich hätte also mit dieser Sache nichts zu tun gehabt. Im übrigen sei das Vorkommando aufgelöst.

Was die Rücksiedlung der Litauendeutschen anbeträfe, meinte der Führer, er hätte geglaubt, es würden hier schon Angesiedelte noch mal rückgesiedelt werden. Ich sagte dem Führer, dass das nicht der Fall wäre, es handele sich um über 30.000 rücksiedlungsfähige Umsiedler, die sich noch in den Lagern befänden und durch das lange Lagerleben zermürbt würden.

Schliesslich wies ich darauf hin, dass die neue Molotow-Note über angebliche Greuel und unsere Wirtschaftsmassnahmen tatsächlich auf einige Ausführungen in der sogenannten "Grünen Mappe" des Wirtschaftsstabes Ost im Vierjahresplan zurückgreift.

RECEIVED
Date: 16 Jan 45
File No.: 307
Item No.: 580
WCEAIC
17-15

B. 043289

H3675 -0005

1530 PS

Vermutlich seien solche Aufzeichnungen, gegen deren zu deutliche Tendenz ich schon vor einem Jahr Bedenken geäussert hätte, bei einem erschossenen Landwirtschaftsführer gefunden worden. Die La-Führer hätten eine Anzahl von Toten aufzuweisen, auch von den Gebietskommissaren seien bereits drei in der Bekämpfung der Partisanen gefallen.

Ich schilderte dann dem Führer die Erwägungen, die mich veranlasst hätten, den baltischen Völkern eine Selbstverwaltung zu gewähren. Erstens sei das Ganze nicht durch Gesetz verkündet worden, sondern es bestünde hier nur mein Erlass an den Reichskommissar mit den entsprechenden Richtlinien. Es sei praktisch nur die Bestätigung eines bestehenden Zustandes und die Beseitigung einer gewissen Unsicherheit. Wir hätten Mangel an Beamten und müssten also eine grosse Ökonomie mit Menschen betreiben. Dagegen sind oft Bestrebungen sichtbar geworden, sich auch in Kleinigkeiten des Lebens hineinzubegeben, was neue Anforderungen nötig macht und der Wehrmacht zu viel Soldaten entzogen würden. Es wäre doch schliesslich möglich gewesen, dass sich manche vom Wehrmachtdienst gedrückt hätten. Ferner ist die Selbstverwaltung mit einer Steigerung der Arbeitswilligkeit verknüpft gewesen. Im übrigen bestänben hier derartige Sicherheitsklauseln, dass die Selbstverwaltung nichts ohne Genehmigung des Generalkommissars unternehmen kann. Um die evtl. mögliche politische Gefahr auszuschalten, sei für Riga eine Ausnahme gemacht worden. Riga hat 10-12.000 Beamte und würde einen deutschen Bürgermeister erhalten, der nicht der lettischen Selbstverwaltung untersteht. Damit würde eine politische Personalpolitik des lettischen Direktoriums verhindert werden. Durch diese Massnahme würde Riga ein Experiment für eine gemischte Verwaltung.

Wir schafften uns auch ein geschichtliches Alibi und hätten gezeigt, dass wir den baltischen Völkern gegenüber weitgehend entgegenkommen wollen. Wenn das später nicht anerkannt werden würde, würden wir mit Recht mit schärferen Mitteln eingreifen können. Der Führer nahm alle Erlasse und Durchführungsbestimmungen zu sich, um sie zu überprüfen. Er hatte beim ganzen Vortrag jedoch keinerlei Einwände.

Der Führer fragte dann, wie die ganzen wirtschaftlichen Massnahmen deutscherseits empfunden würden, worauf ich erwiderte, dass natürlich die ganze Wirtschaftsleitung sich in deutschen

B 043290

H3675 – 0006

152083

Händen befände, und dass diese Tatsache eine Verschlechterung der Stimmung nach sich gezogen hätte. Im grossen und ganzen seien die Monopolgesellschaften und die ZHO im Prinzip notwendig, nur müssen sie überwacht werden. Dr. Lammers warf hier ein, dass Privatgewinne gedrosselt werden müssten, um nicht eine zu starke Gewinnerschicht auftreten zu lassen. Ich wies dabei noch auf die Frage der Monopole hin und wollte feststellen, ob der Führer hier ein volles Tabakmonopol wünsche, worauf der Führer erklärte, vor allen Dingen käme es ihm auf das Vertriebsmonopol an. Wie die Erzeugerfrage geregelt würde, könnte ja noch durchgesprochen werden. Ich erwiderte darauf, dass sich die Wirtschaftsführer in der Erzeugerfrage noch uneinig seien. Es bestände vielfach die Ansicht, dass die Erzeugung selbst nicht unmittelbar Staatsmonopol zu sein brauche. Ich sagte dem Führer, dass ich die ganze Frage noch einmal überprüfen lassen werde.

Die Frage kam dann auf das Problem der Religionsfreiheit in den besetzten Ostgebieten. Hier rief der Führer Reichsleiter Bormann hinzu, der ja durch die Vorbereitungen im Wartheland und in der Ostmark viel Erfahrungen gesammelt hätte. Ich führte aus, dass die Dinge im Osten so liegen, dass sich verschiedene grosse Kirchengruppen bildeten, dass man diese Entwicklung aber nicht unbeaufsichtigt dahingehen lassen dürfe, sondern sie zu steuern hätte, und dass die beabsichtigten Erlasse bzw. Verordnungen den Zweck hätten, uns hier nicht vor unvorhergesehene Überraschungen gestellt zu sehen./ Bormann stimmte dieser Haltung durchweg zu, erklärte nur, es sei die Frage, ob der Reichsminister Ost, der ja auch in Deutschland einen Namen habe, nicht durch ein Gesetz eine zu weitgehende Bindung schaffe, die auf das Reich zurückwirke. Was unter "religiöser Freiheit" zu verstehen sei, das wollten ja die Kirchen deuten, und er sehe voraus, dass ein solches Gesetz zu hunderten von neuen Briefen und Beschwerden seitens der Kirchen im Reich führen werde. Der Führer überlegte noch manche Wendungen und Formen, die eine solche Gefahr ausschalten würden, und nach einer Rücksprache über die Zweckmässigkeit las der Führer dann den Erlass durch und erklärte hier seine Zustimmung. Es wurde schliesslich ausgemacht, dass die ganze Frage nicht in Form eines Gesetzes von mir geklärt würde, sondern dass die Reichskommissare die bestehende religiöse Freiheit gleichsam voraussetzen und die notwendigen Durchführungsbestim-

043291

H3675 - 0007

1520 PS

mungen erlassen. Ich würde dann die Entwicklung fortlaufend beobachten und die Durchführung in der Hand behalten. Dass die Kirchenführer in der Ukraine sich zusammensetzen würden, um einen Patriarchen zu wählen, das wäre leicht möglich. Ich wies darauf hin, dass das praktisch schon der Fall sei und dass eine Steuerung in dieser Frage nötig ist. Der Führer fragte mich, ob ich glaube, dass die Ukrainer wirklich alle kirchentreu seien. Ich erwiderte, bei den älteren und den Frauen sei das sicher der Fall, die Jugend sei der Kirche schon etwas entwöhnt. Im übrigen hätte ich das Gottlosenmuseum von Kiew nach Berlin gebracht. Die Schriften des Nationalschriftstellers der Ukraine Schewtschenko seien hier zitiert, man könnte sie in ukrainischer Sprache in einem Sinn erscheinen lassen, der der Wahrheit gemäss nicht prokirchlich sei. Auch diese Freiheit der Meinungsäusserung müsse gewährleistet werden. Im übrigen betonte der Führer, dass er nach dem Kriege mit entsprechenden Massnahmen gegen die Kirche vorgehen werde, er glaube, er könne das mit seiner Autorität noch tun, was einem anderen später schwerfallen würde. Er würde die Haltung der Kirche im Kriege nicht vergessen. Ich sagte dem Führer, dass ich in meinem Schulungshaus in Dahlem in einem engeren Kreis kirchenpolitische Kurse durchführe, in denen das ganze Problem durchgearbeitet würde, damit auch in Zukunft ein notwendiger weltanschaulicher Kampf mit der nötigen Erkenntnis und mit Format geführt würde.

Es kam dann die Behandlung der betreuten Völker zur Sprache. Ich wies darauf hin, dass manche Vertreter den Herrenstandpunkt so verstanden hätten, dass sie mit der Peitsche in Lande herumziehen. Man hätte zwar früher vom Slawen gesagt, dass er sich gern prügeln liesse. Das hätte sich aber sehr geändert. Jetzt sei es so, dass das öffentliche Auspeitschen das gleiche sei wie bei den Orientalen "das Gesicht verlieren". Selbst die Bolschewisten hätten die Gefangenen hinter den Mauern furchtbar misshandelt, aber nie in der Öffentlichkeit. Es hätten sich eine Anzahl von Fällen abgespielt, die auf unüberlegte Redensarten zurückgingen. Es sei nötig, dass unsere Vertretungen im Auslande auch zu <u>schweigen</u> verständen. Der Führer las den Entwurf meines Erlasses an den Reichskommissar Ukraine durch und erklärte sich mit ihm einverstanden.

B 043292

H3675 – 0008

 1520 PS

Ich schilderte dann dem Führer den Empfang der drei Bauernabordnungen als Dank für die Agrargesetzgebung und legte ihm unsere ganze Propaganda vor, wie Merkblätter, Broschüren, Plakate, Übersetzungen deutscher Schriften usw. Die Schwierigkeit sei auch hier, dass es lange gedauert hätte, bis die 18 Waggons abtransportiert werden konnten. Ein Teil sei im Generalgouvernement liegengeblieben. Die ganze Aktion hätte einen grossen Widerhall gefunden. Ich legte dann dem Führer Fotografien von Ukrainern und Ukrainerinnen vor, die in den Heinkel-Werken arbeiten. Der Führer äusserte sein Erstaunen über das ausserordentliche gute Aussehen, zum Teil über die Schönheit der Menschen.

Ich behandelte dann den Einsatz von ausländischen Kräften in den besetzten Ostgebieten. Ich hätte dafür einen Sonderbeauftragten ernannt, der in letzter Zeit sehr aktiv alle aufgenommenen Beziehungen gepflegt und neue eingeleitet hätte. Zunächst hätte der dänische Minister Larsen das Ostland bereist, zusammen mit Generaldirektor Junker, der der Chef des dänischen Komitees für den Einsatz im Osten sei. Diese Reise habe schon fassbare praktische Ergebnisse erzielt: in Port Kunda würde eine grosse Zementfabrik wieder aufgebaut werden, die Maschinen seien in wenigen Wochen lieferbar. Nach einer Anlaufzeit werden etwa 75.000 Tonnen Zement im Jahr produziert. Der weitere Ausbau von Zementfabriken würde sich noch ermöglichen. Der Ausbau des Torfvorkommens könnte jetzt präpariert werden, um im nächsten Jahr einen praktischen Nutzen daraus zu ziehen. Zwei Experten müssten hinfahren und nach einigen Wochen könnte mit der Einrichtung begonnen werden. Das gleiche gilt für eine grosse Gipsfabrik, für den Ausbau von Beton- und Holzschuhfabriken. Da es wahrscheinlich für die Zukunft unmöglich sein werde, die Bevölkerung weiterhin mit Lederschuhen zu versehen, müsste man daran denken, Holzschuhe auszugeben. Die Fabrik wird imstande sein, täglich 10.000 Schuhe zu liefern. Ferner seien noch eine Reihe anderer geschäftlicher Planungen in Aussicht genommen. Namentlich die Ölfabrik in Libau sei zur Übernahme reif, Molkereien, Schiffsbau u.ä. Alle diese Arbeiten versprechen also für die nächsten Jahre einen grossen Aufschwung der Produktion. Mit den Holländern sei ebenfalls unterhandelt worden, und Reichskommissar Seyss-Inquart hätte gerade einen ersten Entwurf übersandt über den Einsatz der Holländer in der Gegend von Libau. Es sollen den

043793

H3675 - 0009

1520 PS

Holländern 500.000 ha zur Bewirtschaftung übergeben werden mit der Massgabe, dass sie nach Ablieferung alles dessen, was die deutsche Verwaltung fordere, den Überschuss nach Holland ausführen dürfen. Es seien hier noch einige Punkte durchzusprechen. Der Führer meinte, im Prinzip die Holländer ruhig nach dem Osten hereinzulassen, denn wenn es nicht mehr als 1000 Menschen seien, dann könnten sie verdaut werden. Er wünsche nur keine grossen Kolonien. Es wurde so verblieben, dass diese Frage einer eingehenden Besprechung vorbehalten bleibe. Ferner hätte die DAF in Varna eine Werft gekauft, um dort an die Beton-Schiffsfabrikation heranzutreten.

Ich meldete dann dem Führer die Planung einer Zentrale für Ostplanung und nannte ihm die Ausschüsse für allgemeine Politik, Wirtschaft usw. Die Obersten Reichsbehörden hätten ihre Vertretungen entsandt. Es würde natürlich jetzt in der Praxis nichts geschehen, was irgendwie die Kriegsproduktion behindern könne.

Die Frage kam dann auf Kaukasien und die Politik des AA. gegenüber den Ostgebieten. Ich meldete dem Führer, dass wir seit langem aus den Gefangenen durch Kommissionen des Ostministeriums die besten herausgesucht hätten. Das OKW hätte nun in unmittelbarer Arbeit mit uns zunächst die Turkestaner Legion aufgestellt Wie mir mitgeteilt wurde von meinem Leiter der Hauptabteilung Politik, sei das Lager tadellos in Ordnung, der Kommandeur habe turkestanisch gelernt, und die Turkestaner haben die deutsche Kommandosprache angenommen und seien antibolschewistisch gesinnt. Ähnlich würden auch die Legionen der Kaukasier aufgebaut. Wenn man nicht im Anfang vom SD aus alle diese Völker als "Asiaten" bezeichnet, erschossen oder ihrem Schicksal überlassen hätte, würde heute eine grössere Truppe dem Deutschen Reich zur Verfügung stehen. Für die Turkestaner Legion sei eine neue Fahne geschaffen, den Halbmond hätte man entfernt und dafür Pfeil und Bogen gesetzt. Ich zeigte dem Führer die einzelnen Symbole für die Fahnenentwürfe der Georgier, Armenier, Aserbeidschaner, Kubankosaken und Kalmücken. Der Führer hatte gegen diese Entwürfe keine Einwendungen, fragte mich jedoch, wie ich über Armenien denke. Ich erklärte, dass Armenien der beste Riegel zwischen der Türkei und Aserbeidschan sei und somit eine panturanische Bewegung nach dem Osten verhindere. Das armenische Volk selbst sei im grossen und ganzen sesshaft, ein Bauernvolk mit nicht geringer industrieller Begabung.

043294

8 [redacted]

H3675 – 0010

Ich schilderte darauf dem Führer unser Verhältnis zum AA. Der Reichsaussenminister beanspruche die politische Behandlung der Ostgebiete soweit sie nicht unmittelbar in unsere Verwaltung übernommen sind. Ich sagte, der Reichsaussenminister habe einen grossen Ostausschuss gebildet und hätte in steigerndem Masse trotz unseres Einspruches die verschiedensten Emigranten zusammenberufen. Ich verlas dem Führer eine Liste von Emigranten aus der Türkei, von Paris, aus der Schweiz, die alle im Hotel Adlon in Berlin wohnten. Von diesen seien nach unseren Informationen zwei bekannte Nachrichtenagenten. Ich hielte es für äusserst gefährlich, diese Emigranten aus der ganzen Welt hier zu sammeln. Der Führer hörte mit Erstaunen zu. Ich sagte, dass wir uns ja schon seit Jahren präpariert hätten für die Ostfrage. So hätten wir Dr. Benzing das Studium ermöglicht und ihn auf Bitten des AA. für eine Zeitlang zur Verfügung gestellt. Das AA. hat dann für ihn eine gesonderte Planstelle geschaffen und ihn zum Regierungsrat ernannt. Es hätte abgelehnt, ihn uns zurückzugeben. Das gleiche gelte für den Turkestaner Kayum. Mit ihm seien die Fragen längst durchgesprochen. Wir hätten ihn dem AA. nur für die Rundfunkpropaganda zur Verfügung gestellt. Jetzt schicke ihn das AA. nach Paris, um Emigranten zu sammeln. Der Führer gab im schärfsten Tone Reichsminister Dr. Lammers die Weisung, dem AA dienstlich mitzuteilen, dass es sofort seine gesamte Tätigkeit im Osten aufzugeben hätte. Es solle auch sofort die zurückgehaltenen Persönlichkeiten dem Ostministerium zurückgeben, und er wünsche keinerlei Rückfragen mehr zu hören. Ich führte noch aus, ich hätte Staatssekretär v. Weizsäcker vor mehreren Wochen gesprochen und ihn gebeten, den Reichsaussenminister zu unterrichten, ich würde ihn gern persönlich sprechen. Weizsäcker erklärte, die beiderseitigen Standpunkte gingen auseinander. Nach langer Zeit wurde bei Weizsäcker angefragt, wie die Dinge stünden, worauf Weizsäcker erklärte, er habe die Unterredung nicht so aufgefasst, dass <u>er</u> die Besprechung zwischen Ribbentrop und mir vereinbaren solle. Diese Äusserung ist hier so verstanden worden, dass die Angelegenheit so lange hinausgeschoben werden sollte bis inzwischen der Emigrantenkongress in Berlin einberufen war. Ein Verbindungsmann des AA habe uns vor wenigen Tagen mitgeteilt, die Stellungnahme, die ich dem Führer

043295

H3675 – 0011

1520 PS

bezüglich der kaukasischen Völker gemeldet habe, sei für das AA. keineswegs verpflichtend, sondern hätte rein privaten Charakter. Der Führer betonte noch einmal seinen Standpunkt.

Ich meldete dann dem Führer über die Arbeit der vorbereitenden Aufbaustäbe. Bis auf ein paar Persönlichkeiten, die der Führer besser nicht eingesetzt oder in Deutschland verwendet wissen will, wurde diese Liste der in Aussicht genommenen Persönlichkeiten vom Führer genehmigt.

Eingehend kam dann die Rede auf die Aufgaben des Reichsministers Speer und sein Verhältnis zu mir. Der Führer sagte dazu, er hätte z.B. in der Frage des Eisenbahnverkehrs die schlechtesten Erfahrungen dadurch gemacht, dass zwischen der kämpfenden Front und dem Reich das Generalgouvernement eigene Eisenbahnverwaltungen gehabt hätte. Durch diese Tatsache seien eine Menge Missverständnisse und Reibungen entstanden. Die Sonderverwaltungen hätten nicht funktioniert und die einheitliche technische Lenkung so behindert, dass geradezu katastrophale Zustände eingetreten wären, wenn nicht die Gesamtleitung des Eisenbahnverkehrs dem Reichsverkehrsministerium übergeben worden wäre. So sei es nach und nach möglich gewesen, den Zugverkehr von 125 auf 220 Züge täglich zu vermehren. Auch für den Bau von Durchgangsstrassen, Rüstungswerken sei es notwendig, dass hier eine Stelle bestimme, und Speer habe schon in der ersten Zeit seiner Amtstätigkeit bewiesen, dass er energisch zuzupacken verstünde. Er habe manche technischen Aufgaben, die erst nach Monaten gelöst werden sollten, in ganz kurzer Zeit zu bewältigen verstanden und er, der Führer, sei über diesen Griff von Speer ausserordentlich befriedigt. Ich sagte dem Führer, dass ich ja Speer gleich am Anfang die grösste Unterstützung zugesagt und im Prinzip seinen ersten Entwurf einer Vereinbarung angenommen hätte, bis auf zwei Punkte, nämlich dass diese Regelung über den Krieg hinaus Geltung haben sollte und zweitens, dass der Linienchef der OT., der etwa ein Oberregierungsrat sei, eine Entscheidung gegenüber den Reichskommissaren fällen könnte. Der Führer erklärte darauf mehrfach, das Reichsministerium Speer würde am Tage des Friedensschlusses aufgelöst und die ihm heute zufallenden Aufgaben verteilt werden. Die Führung der grossen Strassen durch den Osten müsste allerdings auch dann technisch

B 043296

H3675 - 0012

152005

von einer Stelle geleitet werden. Es seien also dringende Kriegsaufgaben durchzuführen. Speer habe auch nicht Absicht oder Auftrag, nunmehr Häuser zu bauen, sondern müsste die Möglichkeit haben zu verhindern, wenn irgendwo ein grosser Verwaltungspalast oder ähnliche Bauten in Angriff genommen würden, die nicht kriegswichtig seien. Dr. Lammers schlug vor, in einer Vereinbarung oder in einen Erlass des Führers hineinzunehmen, dass dieser Erlass nur für die Kriegsdauer Gültigkeit habe. Ich entwickelte darauf dem Führer die heutige Gesamtlage, wonach immer neue Generalbevollmächtigte sich bemühen, unmittelbare Aktionen in den besetzten Ostgebieten an den vom Führer selbst eingesetzten Hoheitsträgern vorbei durchzuführen. Augenblicklich stünde das Problem des Arbeitseinsatzes zur Debatte. Dort, wo die Generalkommissare rechtzeitig unterrichtet waren und die Möglichkeit hatten, die betroffene Bevölkerung aufzuklären, wäre es möglich gewesen, eine weitgehende Freiwilligkeit für den Arbeitseinsatz zu erzielen. In vielen anderen Fällen hätte man unmittelbar zu Zwangsmassnahmen gegriffen, ohne auf den Generalkommissar Rücksicht zu nehmen, so dass in manchen Städten eine Wanderung in die Wälder eingesetzt hätte, um nicht, wie sie sagten, "verschickt" zu werden. Diese Menschen würden sicher die Partisanen wieder vermehren und somit unseren Nachschub gefährden. Andere Zwangsverpflichtete hätten auf der Fahrt ins Reich in der Nacht ihre Züge verlassen, so dass diese halb leer an der Grenze des Generalgouvernements angekommen würden. Auch diese würden eine Gefahr bilden. Man hätte also an Stellen, die ja selbst vom Vierjahresplan betreut würden, von gleichen Vierjahresplan die Arbeiter weggenommen, diese zum Teil verloren und somit das Gegenteil des Erstrebten erreicht, nämlich eine merkliche Verschlechterung der Lage und Verstimmung der Bevölkerung. Ich hätte schon verschiedene Berichte bekommen aus der Ukraine und aus Lettland, die das bestätigen. Wenn nun in ähnlicher Weise mittlere oder untere Techniker ohne Beachtung der Generalkommissare vorgehen würden, so würden sich diese Zustände erheblich verschlechtern, ohne dass dabei der technische Effekt erreicht werden könnte. Ich mache auf diese Entwicklung aufmerksam. Wenn Reichsminister Speer in seiner alten Form die Vollmacht haben würde, so müsste ich eine politische Verantwortung der Zustände für die Zukunft ablehnen und könnte jedenfalls

043297

H3675 – 0013

152085

nicht das Objekt der Kritik sein, wenn die politische Lage sich in ganz entscheidender Weise verschlechtern würde. Der Führer hörte, wie ich glaubte bemerken zu können, mit grossem Ernst diesen Vortrag an und sagte dann, er müsse auf jeden Fall die Durchgangsstrassen mit technischen Mitteln sichern, um Kanonen und Munition an die Front bringen zu können. Die Frage wurde dann noch einmal besprochen. Ich wies darauf hin, ich hätte grosse Mühe gehabt, die Obersten Reichsbehörden davon abzuhalten, von sich aus in die besetzten Ostgebiete einzugreifen; die entsprechenden Argumente seien doch so überzeugend gewesen, so dass man weitgehend eingesehen hätte, dass eine Steuerung im Osten nur von einer Stelle vorgenommen werden könnte. Wenn diese mühsam errungene Haltung durch einen so weitgehenden Erlass für Speer durchbrochen würde, würden die Tendenzen überall wieder lebendig werden, am Ostminister vorüber in die besetzten Ostgebiete einzugreifen. Der Führer betonte, dass das auf keinen Fall geschehen dürfe und wies Dr. Lammers an, dass er im Auftrage des Führers derartige Forderungen zurückweisen solle.

Dr. Lammers wurde beauftragt, eine Formulierung der Aufgaben von Reichsminister Speer in den besetzten Ostgebieten und des Verhältnisses zu mir für die Dauer des Krieges aufzusetzen.

Es kamen dann im Laufe der Verhandlungen noch eine Reihe von anderen Fragen zur Behandlung. Der Führer genehmigte die letzte Fassung über die Uniform der besetzten Ostgebiete. - Ich meldete ihm das Ergebnis der Ausstellung in Agram, Brüssel und über die Arbeiten der Ausstellung "Kampf um Europa". - Ob das Eiserne Kreuz für Esten, Letten und Litauer verteilt werden könne, ist ein Problem des OKW. Die Wehrmacht befürwortet eine solche Verteilung. Es bestehen aber einige politische Bedenken dagegen. Der Führer glaubt, eine Gefahr darin zu erblicken, dass bei späteren Komplikationen Träger des EK vielleicht Gegenmassregelt werden müssten. Ich führte aus, dass Soldaten aus den baltischen Völkern nach mehrfachen Äusserungen eine Auszeichnung als Garantie für eine Reichsbürgerschaft ansehen würden. Damit würde der politische Effekt einer Eindeutschung und Abschöpfung nationalistischer Kräfte von der anderen Seite ermöglicht werden. Die Frage soll noch einmal überprüft werden.

Ich teilte dem Führer mit, dass ich beabsichtige, am 14.Mai die erste Dienstreise ins Ostland zu machen. Der Führer bevollmächtigte mich, dem eingesetzten Verwaltungskorps seine Grüsse zu übermitteln.

043298

H3675 – 0014

1520-83

Dann teilte ich dem Führer das Ergebnis der Metallspende im Ostland mit, die 2.500 to ergeben hätte. Bei der Einziehung von den in der Wirtschaft noch vorhandenen Metallen würde man auf 3.500 to kommen. Auch die Wollsammlung hätte den Reichsdurchschnitt erreicht.

Ich übergab dann dem Führer eine Aktennotiz über die Entwicklung der Angelegenheit bezüglich der Gummipflanzen, die das Aussenpolitische Amt der NSDAP. seit 1936 betrieben hat. Entgegen allen behördlichen Ablehnungen wurde die Pflanze zuerst in Athen angesetzt, später stellte der Reichsernährungsminister einige Morgen in Deutschland zur Verfügung. Jetzt wird sie im Wartheland und im Generalgouvernement gepflegt, später dann in der Ukraine, wo ab 1943 steigernd 100.000 ha in Arbeit genommen werden. Der Ertrag wird dann die Lücke füllen, die für die künstliche Gummiherstellung noch notwendig ist.

Während des Vortrages brachte ich das Gespräch auf die Planstellen des Ministeriums. Ich erklärte, dass nach fast einem Jahr noch kein höherer Beamter ernannt worden sei vor lauter Rücksprachen mit den zuständigen Reichsbehörden. Ich erwähnte hier den Fall von Pg. Cranz, der der mir unmittelbar unterstellte Pressechef im Osten sein solle, den mir das Finanzministerium aber nicht als Ministerialdirektor genehmigen wolle. Dr. Lammers vertrat die Ansicht, dass man doch nicht gleich mit den höchsten Rängen anfangen könne. Wenn Cranz jetzt zum Ministerialrat ernannt würde, dann könnte man ihn doch im Laufe eines Jahres weiter befördern. Ich erklärte, dass Cranz bereits ein Jahr im Ministerium tätig sei. Es handele sich ja auch nicht um eine Gleichstellung des Major Cranz, sondern um den Journalisten, der nahezu 20 Jahre diesen Beruf bereits erfülle. Ich erklärte, dass das Ministerium auch klar verhandlungsfähig sein müsse gegenüber den Reichskommissaren. Es sei nicht ein übliches Ressortministerium, sondern hätte andere weit ausgreifendere Aufgaben. Der Führer stimmte dieser Anschauung durchaus zu und fragte, wie gross denn ungefähr die Reichskommissariate seien. Nach der Nennung dieser Räume fügte ich hinzu, ein Reichskommissar sei doch eigentlich ein Ministerpräsident, der ein grosses Land zu regieren hätte. Auch hier stimmte der Führer zu und sagte, er sei im Anfang überhaupt nicht so ganz dafür gewesen, ein Ministerium aus dem Ostauftrag zu machen. Ich war erstaunt, weil

043299

H3675 - 0015

1520-PS

mir Dr. Lammers geradé die Gründung eines Ministeriums als den Wunsch des Führers hingestellt hatte. Ich sagte dem Führer, dass ich noch seinerzeit Sondervorschläge gemacht hätte. Ich bat dann Dr. Lammers, mich in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Berlin, den 13.5.1942
R/H.

043300

1520-PS

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL

H-3675
1520. P.S

G. B. EXHIBIT

156
Filed Jan. 9, 1946
[illegible]
[illegible]

G. B. EXHIBIT

GB 156

B ~~038448~~
043288

GB 156

H3675 -0016

12

H3675-0017

12 pages

12 pages

497

H3675-0018

G. B. EXHIBIT